Antrag

des Abg. Sascha Binder u. a. SPD

Interessenvertretung von unbegleiteten Minderjährigen

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. welche Konsequenzen die Landesregierung aus Beschluss des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg vom 9. April 2024, Az. 12 S 77/24 für die bisherige Verwaltungspraxis in Baden-Württemberg bisher gezogen hat und welche sie künftig plant;
2. welche Auffassung die Landesregierung zur Zuständigkeit für die Bestellung eines Vertreters, insbesondere vor einer familiengerichtlichen Entscheidung, vertritt;
3. inwieweit nach Einschätzung der Landesregierung eine Vertretung durch Jugendamtsmitarbeiter, die zugleich mit der Inobhutnahme und Altersfeststellung befasst sind, mit europarechtlichen Vorgaben vereinbar ist – unter Berücksichtigung der Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg vom 9. April 2024, Az. 12 S 77/24 wonach § 42a Absatz 3 Sozialgesetzbuch (SGB) VIII in seiner derzeitigen Fassung diesen Anforderungen nicht entspricht;
4. welche gesetzgeberischen oder verwaltungsorganisatorischen Maßnahmen die Landesregierung zur Vermeidung von Interessenkonflikten durch organisatorische und personelle Trennung von Inobhutnahme, Altersfeststellung und Interessenvertretung plant oder bereits getroffen hat, um den Anforderungen des VGH-Beschlusses und Artikel 24 Absatz 1 Richtlinie 2013/33/EU (Aufnahmerichtlinie) künftig gerecht zu werden;
5. wie die Landesregierung sicherstellt, dass die Rechte unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter gewahrt bleiben, wenn ihre Selbstauskunft von der Alterseinschätzung des Jugendamts abweicht;
6. in wie vielen Fällen unbegleiteter Drittstaatsangehöriger in den Jahren 2021 bis 2025 ein Vertreter im Sinne des Artikel 24 Absatz 1 Richtlinie 2013/33/EU bestellt wurde;
7. wer nach Auffassung der Landesregierung ein Vertreter im Sinne des Artikel 24 Absatz 1 Richtlinie 2013/33/EU (Aufnahmerichtlinie) sein könnte;
8. inwieweit das Urteil bei der Planung der Umsetzung der GEAS-Reform durch die Landesregierung berücksichtigt wird.

2.7.2025

Binder, Ranger, Hoffmann, Dr. Weirauch, Weber

Begründung

Der Beschluss des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg vom 9. April 2024, Az. 12 S 77/24 betrifft die Anforderungen an die Bestellung eines Vertreters im Sinne von Artikel 24 Absatz 1 der Richtlinie 2013/33/EU (Aufnahmerichtlinie), wenn eine Person, die um internationalen Schutz nachsucht, vertretbar behauptet, minderjährig zu sein. Der Antrag dient der Information über die hieraus notwendigen Änderungen der bisherigen Verwaltungspraxis in Baden-Württemberg, insbesondere um die erforderliche organisatorische und personelle Trennung von Altersfeststellung und Interessenvertretung.